



Donnerstag, 17. September 2026, 16:00 Uhr
~7 Minuten Lesezeit

Der vermessene Vierjährige

Mit verpflichtenden Entwicklungstests will die Bundesregierung die Bildungschancen von Kindern verbessern — das Personal für eine angemessene Förderung fehlt jedoch.

von Günther Burbach
Bild: Collage mit Foto von Shutterstock.com (EvgeniiAnd)

*Der Staat macht keine erkennbaren Fortschritte bei
der Förderung von Kindern mit Entwicklungsdefiziten.*

Immerhin hat er aber jetzt eine Initiative gestartet, um sein Versagen künftig besser zu dokumentieren. Die Entwicklung von Sprache, Motorik und Sozialkompetenz bei Vierjährigen soll ab jetzt zentral getestet und erfasst werden. Was die Initiatoren aber übersehen: Das Ausmaß der Misere und die Gründe dafür sind gar nicht einmal ein so großes Rätsel – woran es fehlt, sind Geld und Personal, um dem abzuhelpfen. Und vielfach auch der nötige politische Wille.

Steffi Rehberg kniet vor Mattes hin, der seine Schuhe nicht

binden will, während hinter ihr zwei Kinder streiten und ein drittes weint, weil die Mutter gerade gegangen ist. Mattes ist vier. Er spricht wenig; auch wenn Rehberg ihn anspricht, schaut er meist zur Seite. Ob das an einer Sprachentwicklungsstörung liegt, an der Trennung seiner Eltern im letzten Jahr oder einfach an seinem Naturell, weiß sie nicht genau. Dafür bräuchte sie Zeit mit ihm allein, vielleicht eine halbe Stunde am Tag. Die hat sie nicht. In ihrer Gruppe sind vierzehn Kinder, eine Kollegin ist seit drei Wochen krank, Ersatz gibt es nicht.

Nach dem Willen der Bundesregierung sollen zukünftig alle Vierjährigen – also Kinder wie Mattes – in Deutschland zentral erfasst und nach einheitlichen Standards auf ihren Sprach- und Entwicklungsstand untersucht werden. Dabei werden Sprache, Motorik, die sozial-emotionale Entwicklung und mathematische Grundkompetenzen abgefragt. Das gilt auch für Kinder, die keine Kita besuchen. Bundesbildungsministerin Karin Prien nennt das Anfang September 2026 vom Kabinett beschlossene Startchancen- und Qualitätsentwicklungsgesetz einen „Gamechanger“. Ab 2027 soll

es schrittweise eingeführt werden, ab 2029 vollständig gelten. Wird ein Förderbedarf festgestellt, soll gezielte Unterstützung folgen.

Dagegen wäre wenig einzuwenden, wenn feststünde, dass diese Unterstützung dann auch wirklich ankommt. Daran bestehen allerdings erhebliche Zweifel. In deutschen Kitas fehlen laut Kita-Bericht 2026 des Paritätischen Gesamtverbandes rund 107.000 pädagogische Fachkräfte.

Zwei Drittel der befragten Einrichtungen verfügen nicht über genügend Personal, mehr als die Hälfte musste innerhalb eines Jahres ihre Betreuungszeiten einschränken. In 43,5 Prozent der Kitas kündigte mindestens eine Fachkraft wegen psychischer Belastung.

Steffi Rehberg muss man von alledem nichts erzählen. Sie weiß auch ohne Testbogen, welche Kinder in ihrer Gruppe Hilfe brauchen: Mattes, aber auch die kleine Amira, die zu Hause Arabisch spricht und auf Deutsch kaum ein Wort sagt, oder Leon, der sich seit Monaten nicht länger als zwei Minuten auf eine Sache konzentrieren kann. Für jedes dieser Kinder bräuchte Rehberg eine halbe Stunde am Tag, die es in einer überfüllten und personell unterbesetzten Gruppe aber schlicht nicht gibt.

Der Gesetzentwurf sieht zusätzliche Personalstunden für Einrichtungen in sozialen Brennpunktlagen vor. Auch bei der Finanzierung bewegt sich etwas: Für die Jahre 2027 bis 2034 stellt der Bund über das Gesetz 9,25 Milliarden Euro bereit, umgerechnet gut 1,15 Milliarden Euro pro Jahr; das sind allerdings weniger als die 2 Milliarden, die 2025 und 2026 jeweils in die Qualitätsentwicklung der Kitas geflossen sind. Daneben gibt es weitere Mittel: ein Investitionsprogramm von vier Milliarden Euro für den Ausbau der Kindertagesbetreuung bis 2029, Zugriff der Länder auf einen Teil des 100-Milliarden-Sondervermögens sowie zusätzliche 14

Milliarden Euro durch die gelockerte Schuldenbremse. Auf dem Papier sieht das nach viel Geld aus. Nur ist ein Großteil davon für Bau und Ausbau gedacht, nicht für Personal; und ob es und wie viel davon tatsächlich in zusätzliche Fachkräfte fließt, entscheiden am Ende die Länder, nicht der Bund. Für Rehbergs Gruppe ändert sich dadurch erst einmal nichts.

Selbst aus den unionsgeführten Ländern kommt deshalb Kritik. Sachsens Kultusminister Conrad Clemens – wie Karin Prien Mitglied der CDU – hält den Entwurf für unausgewogen: Er verbinde mehr Anforderungen mit weniger Unterstützung, das werde nicht funktionieren. Der Bund formuliere höhere Standards in einem Bereich, für den er gar nicht allein zuständig ist, und lasse Länder und Kommunen mit einem wachsenden Teil der Kosten allein.

Für Eltern wie Mattes' Mutter kann das bedeuten: Sie erfahren nach einem Test schriftlich, was ohnehin sichtbar war, warten dann aber monatelang auf einen Therapieplatz oder eine heilpädagogische Förderung.

Der Staat besitzt danach einen Datensatz mehr. Mattes hat deshalb noch keine Hilfe bekommen.

Sprachliche Fähigkeiten im Vorschulalter sind wichtig; wer mit erheblichen Rückständen eingeschult wird, hat es später schwer, diese aufzuholen. Der Nationale Bildungsbericht 2026 zeigt aber auch, dass solche Rückstände nicht im luftleeren Raum entstehen: Rund 20 Prozent der Unterschiede in den sprachlichen Kompetenzen beim Schuleintritt lassen sich durch die soziale Herkunft erklären: Wohnverhältnisse, Einkommen, Bildungsstand der Eltern, Zugang zu früher Betreuung – all das wirkt lange vor dem ersten Schultag.

Der geplante Test erfasst davon wenig. Er misst Amiras Wortschatz

im Deutschen — nicht, dass sie zu Hause mit einer zweiten Sprache aufwächst und dort durchaus über einen großen Wortschatz verfügt. Er registriert, dass Leon sich schwertut, still zu sitzen — aber nicht die beengte Wohnung, in der seine drei Geschwister abends um denselben Tisch sitzen. Aus einer gesellschaftlichen Frage wird so, Kind für Kind, ein persönlicher Befund, während die Bedingungen, unter denen diese Kinder aufwachsen, aus dem Blick geraten.

Hinzu kommt die Gefahr einer frühen Festlegung. Vierjährige entwickeln sich nicht gleichmäßig; manche sprechen früh, aber bewegen sich unsicher, andere beobachten lange und holen dann schnell auf.

Ein standardisierter Test kann Hinweise geben. Er kann aber auch aus einer momentanen Auffälligkeit ein Etikett machen, das an dem Kind haften bleibt — abhängig davon, was mit dem Ergebnis anschließend geschieht.

Und genau hier wird es heikel: Die erhobenen Daten sollen zwischen Kitas und Grundschulen weitergegeben werden können, begründet mit einem besseren Übergang. Pädagogisch mag das sinnvoll sein. Es sorgt aber auch dafür, dass ein Kind nicht unbelastet in den neuen Lebensabschnitt startet. Die Grundschule weiß möglicherweise schon vor der Einschulung, wo ein Problem festgestellt wurde, und ein Verhalten, das bei einem anderen Kind als vorübergehende Unsicherheit gälte, bestätigt dann schnell den bereits vorhandenen Befund. Besonders betrifft das Kinder wie Amira, die aus nichtakademischen oder zugewanderten Familien kommen, bei denen Sprachrückstände in solchen Tests überproportional häufig auffallen, ohne dass das etwas über ihre tatsächlichen Fähigkeiten aussagt.

Die Bundesregierung erklärt, mit dem Gesetz die Abhängigkeit des

Bildungserfolgs von der Herkunft verringern zu wollen. Das ist zunächst einmal eine gute Idee. Nur lässt sich Herkunft nicht wegtesten. Wer ungleiche Startbedingungen ausgleichen will, muss Kindern wie Mattes und Amira etwas geben, das in keinem Testbogen steht: eine verlässliche Bezugsperson, eine kleinere Gruppe, genug Zeit. Dafür braucht es vor allem Personal. Die Arbeit in den Kitas ist allerdings vielerorts so belastend geworden, dass Beschäftigte ihre Stunden reduzieren oder den Beruf ganz verlassen. Fällt eine Kollegin krankheitsbedingt aus, springen die verbleibenden ein, Gruppen werden zusammengelegt. Sprachförderung findet dann nicht im ruhigen Gespräch statt, sondern nebenbei: beim Anziehen, beim Essen, beim Trösten.

Die Politik reagiert darauf mit Qualitätsstandards. Das klingt verbindlich, bleibt aber folgenlos, wenn niemand da ist, der sie umsetzt. Eine vorgeschriebene Untersuchung lässt sich dokumentieren, festhalten, auswerten. Ob ein Kind im Alltag genügend Aufmerksamkeit bekommt, lässt sich schwerer in eine Statistik verwandeln.

Der Test hat für die Politik dabei einen zusätzlichen Nutzen: Er erzeugt Zahlen. Wie viele Vierjährige einen Förderbedarf haben, wie sich das auf Länder und Kommunen verteilt, welche Einrichtungen besonders belastet sind — daraus lassen sich Berichte und Evaluationen bauen. Jede neue Zahl erweckt den Eindruck, der Staat habe das Problem im Griff, während die eigentlichen Ursachen längst bekannt sind: zu wenig Personal, zu belastende Arbeitsbedingungen, ungleicher Zugang zu guter Betreuung, je nach Herkunft und Wohnort. Keine davon wurde erst durch einen Test an Vierjährigen entdeckt.

Ein Fortschritt wäre das Gesetz, wenn auf jede Feststellung tatsächlich ein Angebot folgte, wenn Mattes wirklich regelmäßig gefördert würde, wenn Steffi Rehbergs Kita dauerhaft mehr Personal bekäme statt eines befristeten Programms. Davon ist

Deutschland weit entfernt. Schon heute warten Familien auf Logopädie, Ergotherapie, sozialpädiatrische Untersuchungen; Frühförderstellen sind überlastet. Werden künftig bundesweit zusätzliche Bedarfe festgestellt, wächst zunächst vor allem die Zahl der Wartenden. Ein Staat, der Defizite verbindlich feststellt, Eltern zur Untersuchung verpflichtet und Ergebnisse weiterreicht, kann sich danach schwer darauf zurückziehen, für die Förderung seien in erster Linie Länder und Kommunen zuständig.

Am Nachmittag hat Steffi Rehberg für Mattes doch noch fünf Minuten gefunden: zwischen dem Aufräumen und der Abholzeit. Er hat ihr ein Bild gezeigt, das er gemalt hat, und er hat dabei mehr gesagt als den ganzen Vormittag über. Ein Testbogen hätte diesen Moment nicht erfasst. Was Mattes braucht, ist keine Politik, die möglichst früh möglichst viel über ihn weiß, sondern eine Erzieherin, die öfter mal fünf Minuten Zeit für ihn hat. Solange daran gespart wird, bleibt der neue Test vor allem ein Beleg dafür, dass der Staat seine Versäumnisse inzwischen genauer dokumentieren kann.



Günther Burbach, Jahrgang 1963, ist Informatikkaufmann, Publizist und Buchautor. Nach einer eigenen Kolumne in einer Wochenzeitung arbeitete er in der Redaktion der Funke Mediengruppe. Er veröffentlichte vier Bücher mit Schwerpunkt auf Künstlicher Intelligenz sowie deutscher Innen- und Außenpolitik. In seinen Texten verbindet er technisches Verständnis mit gesellschaftspolitischem Blick — immer mit dem Ziel, Debatten anzustoßen und den Blick für das Wesentliche zu schärfen.

